

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Yvonne Feri  
Etzel matt 12  
5430 Wettingen  
yvonne.feri@parl.ch

20.06.16

## **Bericht aus der Session – Nummer 19 Rückblick auf die Sommersession**

---

Geschätzte Damen und Herren,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Wie immer nehme ich diesen Bericht als Anlass, um über die Ergebnisse der Sommersession zu berichten. Das sind meist aber nur kurze, bruchstückhafte Einblicke in meinen politischen Alltag. Diesen Herbst werde ich deshalb etwas ausführen: Am Samstag, 24. September 2016, ab 9.30 Uhr, werde ich im Regionalen Pflegezentrum Baden meine letzten 15 Jahre in der Wettinger Kommunalpolitik zusammenfassen. Da ich auf Ende dieses Jahres als Gemeinderätin zurücktrete, ist das ein guter Zeitpunkt für einen Rückblick.

In den letzten Monaten hat mich unter anderem die Abstimmung zum bedingungslosen Grundeinkommen stark bewegt. Ich glaube fest daran, dass wir Visionen entwickeln und neue Ideen weiterverfolgen müssen, wenn wir eine sozialere Gesellschaft wollen. Dass die Initiative abgelehnt wurde, sehe ich deshalb als verpasste Chance für die Schweiz. Ich freue mich jedoch über das gute Abstimmungsergebnis (Lesen Sie dazu auch meinen Blog unter <https://yvonneferi.wordpress.com/2016/05/10/wer-wagt-gewinnt/>).

Grund zur Freude war für mich die Eröffnung des Gotthard Basistunnels. Ich bin stolz, dass die Schweiz dieses Jahrhundertbauwerk ermöglicht hat, das ist ein wichtiges Bekenntnis zu einem starken öffentlichen Verkehr. Enttäuschend war einzig die einseitige Berichterstattung zu diesem Anlass – einmal mehr stand das Outfit einer Politikerin im Fokus.

Auch erfreulich war für mich, dass der Nationalrat Sexting künftig strafbar machen will. Er hat in dieser Session eine Motion von Viola Amherd (CVP/VS) angenommen, die gefordert hatte, dass Sexting als Strafbestand im Strafgesetzbuch aufgenommen wird. Auch ich glaube, dass hier Handlungsbedarf besteht. Wir brauchen nicht nur Aufklärungskampagnen und Sensibilisierung, sondern auch ein verbesserter Schutz von Opfern. Amherd hat zu Recht kritisiert, dass im geltenden Strafrecht bei Sexting insbesondere die Regelung zur Pornografie zur Anwendung kommt. Das geltende Recht greift damit aber zu kurz, da via Sexting nicht bedingt nur Bilder versendet werden, die

direkt als pornografisch gelten. Aus meiner Sicht brauchen wir auch bei der so genannten Rachepornografie neue Regelungen. Wenn ehemalige Partnerinnen oder Partner nach einer Trennung pornografische Aufnahmen (Videos und Bilder) veröffentlichen, um den Betroffenen oder die Betroffene zu schädigen, muss das strafbar sein. Der Schaden für Opfer ist oft gewaltig – nebst einer Ehrverletzung können solche Aufnahmen auch die wirtschaftliche und persönliche Reputation schädigen. Der Bundesrat hat es in dieser Session aber abgelehnt, weitere Massnahmen zum verbesserten Schutz von Opfern von Rachepornografie zu ergreifen. Frankreich ist uns diesbezüglich voraus, dort wird Rachepornografie seit kurzem als Delikt behandelt. Die Antwort des Bundesrates auf meine Interpellation können Sie hier lesen: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20163162>.

Weitere ausgewählte Geschäfte dieser Frühlingssession waren:

- **Label für familienfreundliche Unternehmen:** Der Nationalrat will nichts wissen von einer "Zertifizierung für familienfreundliche Unternehmen". Er hat eine Motion seiner Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) mit 103 zu 86 Stimmen abgelehnt, die die Ausarbeitung einer solchen Honorierung in den Massnahmenkatalog der Fachkräfteinitiative aufnehmen wollte. Schon der Bundesrat hatte die Ablehnung beantragt. Dem Bund komme bei solchen Labels eine subsidiäre Rolle zu; diese seien Sache des Privatsektors. Zudem gebe es in der Schweiz bereits verschiedene Auszeichnungen, welche an familienfreundliche Unternehmen vergeben würden. Das Anliegen ist damit vom Tisch, was ich sehr bedaure.
- **Jugendförderung:** Der Bund bekommt keine zusätzlichen Kompetenzen in der Kinder- und Jugendförderung. Der Nationalrat hat die jahrelangen Arbeiten an einer neuen Verfassungsgrundlage gestoppt. Diese gehen auf eine parlamentarische Initiative der Walliser CVP-Nationalrätin Viola Amherd (VS) aus dem Jahr 2007 zurück. Amherd wollte die Verfassung so ändern, dass der Bund Vorschriften zur Förderung von Kindern und Jugendlichen sowie zu deren Schutz erlassen kann. Obschon die Idee zunächst auf Zustimmung gestossen ist, wurde die konkrete Vorlage nun aber leider von beiden Räten verworfen. Nach Ansicht der Mehrheit kann das Anliegen der Initiative mit dem geltenden Gesetz erfüllt werden – eine Meinung, die ich nicht teile. Als Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz habe ich mich stark für die Annahme der Vorlage der nationalrätlichen Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur eingesetzt. Die föderalistische Ausgestaltung des Kinderschutzes in der Schweiz führt dazu, dass Kinder je nach Wohnort derzeit unterschiedliche Hilfeleistungen erhalten. Mit dieser wackligen Grundlage kann die Schweiz die Bedingungen der Kinderschutzkonvention nicht erfüllen, was aber dringend notwendig wäre. Eine detaillierte Stellungnahme von mir und Kinderschutz Schweiz finden Sie hier: <https://www.kinderschutz.ch/de/fachpublikation-detail/sommersession-2016-empfehlungen-an-das-parlament.html>.
- **Entwicklungshilfe:** Der Nationalrat reserviert für die Jahre 2017-2020 insgesamt 11,11 Milliarden Franken für die Internationale Zusammenarbeit. Er hat mit 98 zu 93 Stimmen den bundesrätlichen Vorschlag gutgeheissen, der Mittel im Rahmen von durchschnittlich 0,48 Prozent des Bruttonationaleinkommens (BNE) zur Verfügung stellen will. Bisher waren es 0,5 Prozent. Nur knapp scheiterte ein Kürzungsvorschlag um insgesamt 430 Millionen Franken aus den Reihen der FDP. Deutlicher abgelehnt wurde die Forderung der SVP und der Finanzkommission, die Mittel um 1,6 Milliarden zu kürzen. Anträge der Grünen und der SP, die Mittel stufenweise auf 0,7 Prozent des BNE zu erhöhen, scheiterten. Diese Forderung war gerechtfertigt, denn genau das hat die Schweiz in verschiedenen internationalen Konferenzen mehrfach versprochen. Ich bin aber froh, dass der Nationalrat es abgelehnt

hat, die Entwicklungshilfe an migrationspolitische Zusammenarbeit zu knüpfen, wie es die SVP gefordert hatte. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Gelder für die Entwicklungshilfe nicht gekürzt und auch nicht migrationspolitisch gebunden werden. Die Schweiz soll weiterhin unterstützen und mittragen, Hilfe dort leisten, wo sie am dringendsten benötigt wird, mit langfristigen qualitativen Projekten. Immer wieder spüre ich da eine grosse Ambivalenz meiner bürgerlichen KollegInnen: einerseits wollen diese, dass vor Ort, in den betroffenen Ländern investiert wird, andererseits wollen sie aber nicht genügend Geld dafür sprechen.

- **Familienpolitik:** Der Nationalrat will die Kinderzulagen nicht erhöhen. Er hat eine parlamentarische Initiative von Rebecca Ruiz (SP/VD) mit 112 zu 62 Stimmen bei 16 Enthaltungen abgelehnt. Ich habe die Initiative unterstützt: zum einen, weil die heutigen Mindestsätze den tatsächlichen Kinderkosten in keiner Art und Weise gerecht werden. Zum anderen, weil viele Familien - und dazu zähle ich alle Familienformen – schon jetzt nahe an der Armutsgrenze leben. Als Vertreterin der Minderheit der SGK-N habe ich mich deshalb für die Annahme der Vorlage ausgesprochen (Mein Votum finden Sie hier: <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/amtliches-bulletin/amtliches-bulletin-die-verhandlungen?SubjectId=37247#votum4>). Leider erfolglos: Die Mehrheit im Rat zeigte sich überzeugt, dass die Erhöhung der Zulagen um 50 Franken nicht gerechtfertigt sei, da diese nur geringfügige Auswirkungen auf den Lebensstandard hätten. Zudem sei es Sache der Kantone, die Mindestsätze für Familienzulagen nach Bedarf anzupassen.
- **Adoptionsrecht für Homosexuelle:** Homosexuelle sollen Kinder ihres Partners oder ihrer Partnerin adoptieren dürfen. Der Nationalrat hat am Montag als Zweitrat Änderungen des Adoptionsrechts zugestimmt. Heute ist die Stiefkindadoption Ehepaaren vorbehalten. Künftig soll sie endlich in allen Paarbeziehungen möglich sein, unabhängig vom Zivilstand und von der sexuellen Orientierung. Der Stiefkindadoption für homosexuelle Paare in eingetragener Partnerschaft stimmte der Nationalrat mit 127 zu 60 Stimmen bei 2 Enthaltungen zu, gegen den Willen der SVP. Umstrittener war die Frage, ob die Stiefkindadoption auch für Paare in faktischen Lebensgemeinschaften zugelassen werden soll - für Paare ohne Trauschein oder eingetragene Partnerschaft. Der Rat sprach sich mit 95 zu 92 Stimmen bei 2 Enthaltungen dafür aus. Justizministerin Simonetta Sommaruga rief dazu auf, nicht die Kinder dafür zu bestrafen, dass der leibliche Vater oder die leibliche Mutter nicht geheiratet habe.

Nun wünsche ich Ihnen allen einen hoffentlich noch sonnig werdenden Sommer und freue mich, Sie an meiner Veranstaltung am 24. September 2016 in Baden begrüßen darf. Weitere Informationen zu diesem Anlass folgen in den kommenden Monaten auf meiner Webseite – das Datum dürfen Sie sich aber gerne schon mal eintragen.

Beste Grüsse,



Yvonne Feri

Nationalrätin SP/AG  
Gemeinderätin Wettingen, Ressort Soziales/Familie